

SVP Klartext



Jetzt Mitglied werden
unter svp.ch/mitglied

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

August 2025

Jetzt die Wirtschaft entlasten!



Seite 4

NEIN zur links-extremen Juso-Enteignungsinitiative



Seite 13

Steuer streichen – Perspektiven schaffen!



Seite 15

EU-Unterwerfungsvertrag – Schlimmer als bisher angenommen!



AZB, 3001 Bern Post CH AG, SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach
Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint sechs Mal jährlich – 48'302 Expl.
svp.ch – klartext@svp.ch – August 2025
Gestaltung Klartext: GOAL AG



Wir dürfen uns nicht erpressen lassen

Ob die USA oder die EU: Sie wollen uns bestrafen, weil wir erfolgreich sind. Unsere Antwort: Wir müssen als Schweiz noch besser werden.

Die Schweiz wird durchgeschüttelt. Der 39-Prozent-Zollhammer aus den USA. Der 2'228-Seiten-Unterwerfungsvertrag mit der EU. Die Beschaffung des Kampffliegers F-35, die rund eine Milliarde Franken teurer wird als versprochen. Dieselbe Bundesrätin Amherd, welche den Vertrag für den F-35 aushandelte und als Erfolg verkaufte, hat noch als Bundespräsidentin den EU-Vertrag als Erfolg bezeichnet.

Die Classe politique will die Schweizer Bevölkerung einmal mehr hinters Licht führen. Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag verlieren wir unsere Volksrechte. Nicht mehr wir Schweizerinnen und Schweizer bestimmen unsere Politik, sondern die Richter und Bürokraten der EU. Und dafür sollen wir noch Milliarden Franken nach Brüssel zahlen.

Was die USA mit den Zöllen macht, ist für uns nicht nachvollziehbar. Aber nicht ein-

mal Trump verlangt von uns, dass wir die amerikanischen Gesetze übernehmen und uns der amerikanischen Gerichtsbarkeit unterstellen müssen, wie das die EU tut. Die 39-Prozent-Zölle der USA sind nicht für die Ewigkeit. Aber der Unterwerfungsvertrag bindet uns für immer an die Krisen-EU.

Wir haben Erfahrung mit Erpressungsversuchen. Wegen der Masseinwanderungs-Initiative hat uns die EU aus ihrem Forschungsprogramm geworfen. 2017 hat die EU die Schweizer Börse nicht mehr anerkannt, um Druck zu machen für ein Rahmenabkommen. Bei beiden Erpressungsversuchen haben wir bessere Schweizer Lösungen gefunden.

Einen schlechten Vertrag mit der EU zu unterschreiben, ist keine Lösung – sondern die Preisgabe unseres Erfolgsmodells. Die-

ser EU-Vertrag nimmt uns unsere Selbstbestimmung, unsere Freiheit und unsere Demokratie.

Wir dürfen uns nicht erpressen lassen. **Die richtige Antwort ist:** Wir müssen unsere Hausaufgaben in der Schweiz machen. **Besser sein als die EU:** Weniger Bürokratie und Steuern für die Unternehmen und für uns alle. Dazu gehört auch die Abschaffung des Eigenmietwerts, der Wohneigentum bestraft statt fördert.

Marcel Dettling
Nationalrat und Präsident der SVP Schweiz



JA zur Abschaffung der Heiratsstrafe – aber richtig

Die Individualbesteuerung klingt gut – ist aber in der Praxis untauglich. Sie bringt massiven Mehraufwand und für viele Familien höhere Steuern.



Von Katja Riem,
Nationalrätin,
Kiesen (BE)

Die Heiratsstrafe gehört abgeschafft! Kein Paar sollte finanziell bestraft werden, weil es «Ja» zur Ehe sagt und Verantwortung füreinander übernimmt. Aber die Initiative der FDP für die Individualbesteuerung verschlechtert die Situation.

Drei Beispiele aus dem Alltag

1. **Anna arbeitet 100 %, Max 60 % und kümmert sich um die Kinder.**
Mit der Individualbesteuerung hat Max weniger Abzüge und die beiden zahlen am Ende mehr Steuern.

2. **Lisa verdient mehr, Paul studiert noch. Oder: Esther pflegt ihre Mutter und arbeitet deshalb weniger.**
Später kann sich das ändern. Die Individualbesteuerung gleicht das nicht aus – das Splitting schon.
3. **Tim verdient 55'000 Franken, Nina 130'000 Franken.**
Durch die Individualbesteuerung bekommt Tim trotzdem Prämienverbilligungen, obwohl das Paar sich die Krankenkassenprämien leisten kann.

Splitting statt Steuerkorsett

Das Problem: Die Individualbesteuerung ignoriert, dass sich Lebens- und Arbeitsmodelle ändern. Das bessere Splitting-Modell hingegen passt sich automatisch an, weil es das Gesamteinkommen der Familie berücksichtigt. Der Alltag kennt eben keine perfekte 50/50-Aufteilung.

Das Splittingmodell schafft die Heiratsstrafe ab, ohne Paare in eine starre Steuerlogik zu zwingen. Einkommen werden fair verteilt, die Familie entscheidet selbst, wer wie viel arbeitet. Das ist lebensnaher als die Individualbesteuerung, die nur auf dem Papier gleichstellt und einen Bürokratieberg (+ 1,7 Millionen zusätzliche Steuererklärungen pro Jahr!) produziert. Zudem müssten Ehepaare neu zwei Steuererklärungen ausfüllen – und jedes Jahr klären, wem beispielsweise das Haus oder das Auto zu welchem Anteil gehört.

Die Heiratsstrafe abschaffen – ja, aber bitte mit Splitting und gesundem Menschenverstand und **nicht mit dem ungerechten Bürokratie-Monster Individualbesteuerung.** Deshalb: **Jetzt das Referendum unterschreiben.**

STEUER-SCHWINDEL

NEIN!

MEHR BÜROKRATIE. MEHR KOSTEN.
KEINE LÖSUNG.

steuer-schwindel-nein.ch

DESHALB:

Jetzt Referendum
unterschreiben!



US-Zölle: Die Schweiz stärken statt schwächen

Die US-Strafzölle von 39 Prozent auf Schweizer Exportprodukten sind ein Weckruf. Ein schlechter Vertrag mit der EU ist keine Lösung. Wir müssen die Unternehmen entlasten: bei den Steuern und bei der uferlosen Bürokratie.



Von Franz Grüter,
Unternehmer und
Nationalrat,
Eich (LU)

Laut Eidgenössischer Zollverwaltung exportierte die Schweiz 2023 Waren im Wert von rund 53,7 Milliarden Franken in die USA – mehr als nach Deutschland oder China. Über die Hälfte dieser Exporte stammt aus der Pharmaindustrie.

Der US-Markt ist für die Schweizer Wirtschaft von zentraler Bedeutung – ihn zu vernachlässigen, ist keine Option. Jetzt braucht es politische Führung statt Gemjammer und sicher nicht die Flucht in die EU-Bürokratie, die uns noch teurer zu stehen kommt.

Was ist zu tun?

Erstens: Der Bundesrat muss umgehend mit Washington über die Rücknahme oder die Kompensation der Zölle **verhandeln**. Eine fundierte Lagebeurteilung ist dafür zentral. Ziel muss es sein, die Handelsbilanz auszugleichen.

Die Schweiz muss aber auch nochmals klarmachen, dass unsere Unternehmen schon sehr viel in den USA investieren

und dass die USA bei den Dienstleistungen eine klar positive Handelsbilanz haben: Ein Plus von 20 Milliarden Franken.

Gleichzeitig muss der Bundesrat **verhindern**, dass Schweizer Produkte durch inländische **Auflagen und Bürokratie** zusätzlich verteuert werden.

Zweitens: Es braucht einen klaren **Massnahmenplan zur Stärkung der Schweizer Exportwirtschaft:**

- ▶ den raschen **Abbau von Handelshemmnissen** und regulatorischen Kosten
- ▶ **Sistierung neuer Bürokratiemonster** wie das Unternehmensverantwortungsgesetz oder das CO₂-Gesetz
- ▶ **Aussetzung der OECD-Mindeststeuer**
- ▶ spürbare steuerliche **Entlastungen für Unternehmen**
- ▶ **Ausbau** des weltweiten **Freihandelsnetzes** – mit Fokus auf die USA, Asien und Lateinamerika

Drittens: Der US-Zollhammer darf **nicht** als Vorwand missbraucht werden, um die Schweiz in den neuen **EU-Unterwerfungsvertrag** zu zwingen. Dieser würde unsere Souveränität untergraben, die Regulierungslast nochmals erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit schwächen – **ohne jegliche Verbesserung im Verhältnis zu den USA**. Das wäre ein klassisches Eigengoal.

Die Schweiz ist stark – wenn sie **unabhängig bleibt, eigene Interessen entschlossen vertritt und ihre kluge, weltweite Freihandelspolitik weiter verfolgt**.



**Bürokratie-Abbau –
JETZT!**

Neue Normalität – Asylkriminelle verursachen Schäden in Milliardenhöhe

Der Schweizer Detailhandel verliert jährlich über eine Milliarde Franken durch organisierte Ladendiebstähle. Insbesondere Asylanten-Banden plündern systematisch Geschäfte.



Von Didier Spies,
Sicherheitsbeauftragter /
Mitglied der SVP Parteileitung,
Courroux (JU)

Ein typischer Tag im Detailhandel: Um 8:20 Uhr entwendet eine Gruppe von vier Asylanten in Bern Rasierklingen im Wert von 800 Franken. Um 10:15 Uhr stehlen drei Asylanten in Zürich Spirituosen für 1'200 Franken. Am Mittag stiehlt ein abgewiesener Asyلمigrant in Lausanne Champagner im Wert von 2'800 Franken.

Die Täter sind häufig bekannt: Einerseits handelt es sich um Einzeltäter wie den abgewiesenen Asyلمigrant, der trotz Ablehnung seines Gesuchs in einer Wohnung in der Romandie lebt und einen teuren SUV fährt. Andererseits haben wir es mit organisierten Gruppen aus Asylzentren zu tun. Sie operieren schweizweit und verkaufen ihre Beute an Hehler, die kleine Quartierläden betreiben. Diese



zahlen den Dieben 50 Prozent des Warenwerts und verkaufen das Diebesgut zum Normalpreis weiter – natürlich ohne die Mehrwertsteuer abzurechnen.

Die Professionalität dieser Banden ist erschreckend. Und sie können fast ungehindert agieren. Der Informationsaustausch unter den kantonalen Polizeikörpern ist zu langsam und die Justiz behandelt die Delikte oft als Einzeltaten statt als gewerbsmässige Diebstähle. Besonders problematisch: In

Basel-Stadt wurde die Kantonspolizei angewiesen, bei Ladendiebstählen unter 300 Franken nicht mehr auszurücken.

Die Konsequenzen sind gravierend: Milliardenverluste für den Handel, entgangene Mehrwertsteuereinnahmen und steigende Preise für alle Konsumenten. Das Schlimmste ist jedoch die zunehmende Gewalt gegen Mitarbeitende – von Drohungen mit Messern bis zu tätlichen Angriffen, die zu Verletzungen und Traumata führen.

Ladendiebstähle sind **keine Bagatelldelikte**. Politik, Justiz und Polizei müssen endlich entschlossen gegen Asyl-Kriminelle vorgehen.

« Die Konsequenzen sind gravierend: Milliardenverluste für den Handel, entgangene Mehrwertsteuereinnahmen und steigende Preise für alle Konsumenten. »



Von Feld und Stall bis auf den Teller: Mit dem Unterwerfungsvertrag bestimmt die EU, was wir essen

Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag will uns der Bundesrat einen «gemeinsamen Lebensmittelraum» aufschwätzen. Betroffen wären vom Hofladen bis zur Festwirtschaft an einem Schwingfest alle. Im Klartext: Brüssel bestimmt, was bei der Schweizer Bevölkerung auf den Teller kommt.



Von Thomas de Courten,
Nationalrat,
Rünenberg (BL)

Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag würde die Schweiz auch ihre Lebensmittel- und Agrarpolitik aus der Hand geben. Betroffen wären vom Saatgut über Tierzucht bis zu Verarbeitung, Vertrieb und Verpackung alle Lebens- und Futtermittel.

Die EU will vom Feld bis auf den Teller durchregulieren. Ein Apfel muss mindestens 6cm Durchmesser haben, sonst darf er nicht verkauft werden. Bananen müssen nach genauen Vorgaben grössensortiert werden. Bei der EU klingt

das dann so: «Dicke in Millimetern, gemessen als Durchmesser in der Mitte der Frucht zwischen ihren Längsseiten im rechten Winkel zur Längsachse». Selbst vor Geranien und Tulpen macht die EU-Regulierungswut nicht Halt – Gärtner müssen sämtliche Handgriffe dokumentieren.

Weniger Tierschutz

Betroffen sind aber auch **alle Kantinen, Restaurants, Festwirtschaften bis hin zu den Hofläden** – wer Lebensmittel anbietet, muss sich mit dem EU-Unterwerfungsvertrag an die tausenden EU-Verordnungen halten. Ein «Waldfest» oder «Speckbrättli» gibt's künftig nur noch auf Kunststoffplatten – Holz verbietet die EU aus Hygienegründen.

Unsere bewährte Rechtsordnung, die teils auf Volksentscheiden beruht wie dem Ja

zum **Gentech-Moratorium oder den Regeln zur Massentierhaltung, wird über den Haufen geworfen.** Mit dem Unterwerfungsvertrag bestimmt letztlich die EU, was in Schweizer Haushalten auf den Tisch kommt. Insgesamt bedeutet die Ausrichtung auf europäische Massenproduktion eine massive Nivellierung nach unten und **weniger Tierwohl.**

Wirtschaftlich wären die Auswirkungen katastrophal für unsere Lebensmittel-KMU. Auch unsere Landwirtschaft kann im Wettbewerb mit der industrialisierten EU-Agrarproduktion nicht bestehen, wenn sie deren Zwängen unterworfen wird. Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag **gefährdet der Bundesrat die Qualitätsstandards** der Schweizer Produkte. Die **Konsumenten** tragen die höheren Kosten und werden künftig mit **schlechterer Qualität** versorgt.

Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag **sind** wir der EU ausgeliefert – mit Haut und Haaren!



Mit den Verträgen übernehmen wir auf einen Schlag über 20'000 Seiten EU-Regelungen. Jedes Jahr erlässt die EU 150'000 neue Seiten. Alles, was die Zuwanderung, den Strom oder die Lebensmittel betrifft, gilt dann direkt und unmittelbar für alle und jedermann in der Schweiz! Auch neue Regelungen, die die Schweiz speziell verpflichten. Sogar wenn wir ausdrücklich etwas anderes beschliessen, urteilen die Gerichte trotzdem nach der EU-Regelung!



Von Magdalena Martullo-Blocher, Nationalrätin, Lenzerheide (GR) und Meilen (ZH)

Die EU-Turbos meinen, dass die EU-Unterwerfungsverträge Rechtssicherheit bringen. Das Gegenteil ist der Fall: **Fremdes Recht, fremde Richter, fremde Strafen – und das für alle Zeit!** So waren nur Kolonialverträge! Die EU kann **jederzeit** beschliessen, dass die Schweiz gewisse Lebensmittel für sie anbaut, ihre Wasserkraftwerke anwirft oder Milliarden in einen EU-Verkehrsfonds bezahlt. Der EU-Kreativität, **die Schweiz wie ein Huhn zu rupfen**, sind

keine Grenzen gesetzt! Wenn die Schweiz schnell ist, kann sie zwar noch anmelden, sie wolle das eine oder andere ausdrücklich anders regeln. Dann wird sie aber für den Schaden der EU anderweitig aufkommen müssen. Die EU bestimmt, wie und wo. Wahrscheinlich geht es dann um die Aufhebung des Marktzugangs – sogar noch vertraglich legitimiert! **Die Schweiz wird der EU-Willkür mit Haut und Haaren ausgeliefert!**

Mit Erstaunen hören wir nun von den EU-Turbos, dass die EU immer ein vertrauenswürdiger Partner der Schweiz gewesen sei. Genau das Gegenteil war ja der Fall: Der Vertrag der Produktezulassungen der Medtech-Branche wurde gebrochen. Die Grenzkontrollen der 14 EU-Staaten verstossen gegen den Schen-

gen/Dublin-Vertrag. Die Börsenäquivalenz wurde aberkannt, die Schweizer Hochschulen nicht mehr zu den Forschungsprojekten zugelassen, unsere COVID-Masken am Hafen beschlagnahmt, die Anflüge auf den Flughafen Zürich verboten ...

Mit den Verträgen sollen wir gezwungen werden, uns komplett in die Hand der EU zu begeben. **Die EU ist sicher kein verlässlicher Partner.** Deshalb hat sie auch viel weniger Freihandelsabkommen als die Schweiz und ist wirtschaftlich in der Krise. Wir wollen die Flut an Regulierungen nicht übernehmen und wir lassen uns nicht verknechten und ausnehmen! **Wer echte Rechtssicherheit für die Schweiz will, lehnt diesen Kolonialvertrag klar ab!**

Was kommt auf uns zu mit de

Die wichtigsten Inhalte und Folgen



Wie umfangreich ist der geplante EU-Vertrag?

Das ganze EU-Vertragsdossier umfasst 2'228 Seiten. In den Verträgen wird zudem auf verschiedene EuGH-Urteile, EU-Richtlinien und EU-Verordnungen verwiesen. Wer diesen folgt, landet im unendlichen Regulierungsdschungel der EU mit 20'897 Seiten Verordnungstexten.



Welche Bereiche sind betroffen?

Das ganze EU-Vertragspaket betrifft zentrale Bereiche der schweizerischen Politik und Wirtschaft: Zuwanderung, Luftverkehr, Landverkehr (Schiene und Strasse), Landwirtschaft, technische Handelshemmnisse und neu Strom, Gesundheit und Lebensmittel. In all diesen Bereichen ersetzt EU-Recht Schweizer Recht.



Müssen wir künftig automatisch EU-Recht übernehmen?

Auch wenn von «dynamischer Rechtsübernahme» die Rede ist: Faktisch muss die Schweiz umgehend (=automatisch) EU-Recht übernehmen und anwenden.



Was passiert mit unserer direkten Demokratie?

Unsere Volksrechte werden wertlos. EU-Recht hat Vorrang gegenüber Schweizer Recht. Die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» kann für ungültig erklärt werden, weil sie der EU-Personenfreizügigkeit widerspricht.



Haben künftig fremde Richter das Sagen?

Ja. Die Schweiz muss einseitig EU-Recht übernehmen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) legt diese Gesetze aus. Bei einem Streitfall entscheidet der EuGH abschliessend: Seine Urteile sind für die Schweiz «bindend».



Kann die EU die Schweiz bestrafen?

Das Parlament oder die Schweizer Bevölkerung können die Übernahme eines EU-Gesetzes zwar ablehnen, doch dann drohen sogenannte «Ausgleichsmassnahmen». Das heisst, die EU darf die Schweiz mit Strafmassnahmen eindecken und erpressen. Diesen Strafmechanismus hat der Bundesrat der EU per Vertrag zugestanden.



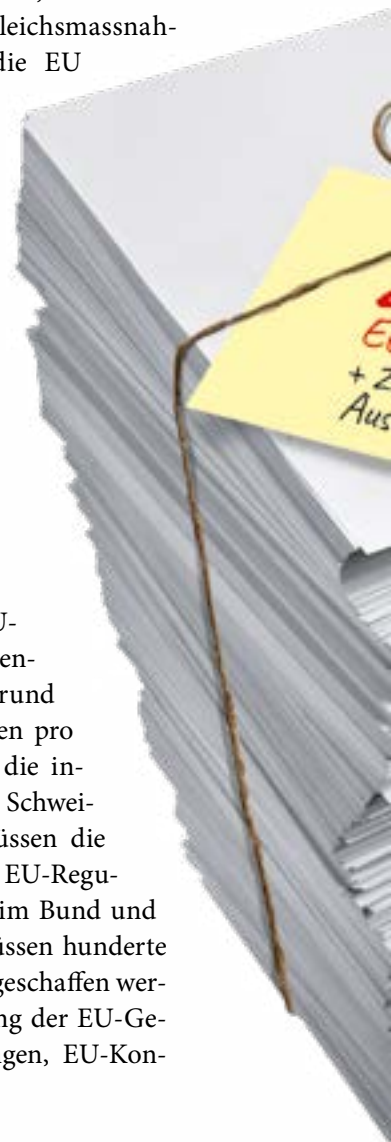
Was kostet uns der EU-Vertrag?

Die direkten Kosten (Kohäsionsbeitrag, EU-Programme, EU-Agenturen usw.) betragen rund 1,9 Milliarden Franken pro Jahr. Dazu kommen die indirekten Kosten: Die Schweizer Unternehmen müssen die ausufernde und teure EU-Regulierung umsetzen. Beim Bund und bei den Kantonen müssen hunderte neue Beamtenstellen geschaffen werden für die Umsetzung der EU-Gesetze, EU-Regulierungen, EU-Kontrollen.



Kommen noch mehr Leute in die Schweiz?

Der Familiennachzug für EU-Bürger wird ausgeweitet. Es dürfen kommen: Ehegatte, eingetragene Partner, Kinder, Stiefkinder, Enkel, Eltern, Grosseltern, Schwiegereltern. Für pflegebedürftige Familienangehörige wird der Familiennachzug ebenfalls erleichtert.



Im EU-Unterwerfungsvertrag?

des EU-Vertrags. Eine erste Bilanz.



Bekommen wir noch mehr Zuwanderung in den Schweizer Sozialstaat?

Angeblich dürfen nur «Erwerbstätige» in die Schweiz kommen. Aber nach EU-Definition gilt jemand schon als «erwerbstätig», wenn er beispielsweise 40 Prozent arbeitet und rund 2'000 Franken im Monat verdient. Mit dem neuen EU-Vertrag darf diese Person in der Schweiz sein, ergänzend Sozialleistungen beziehen und sogar die Familie in die Schweiz holen und dafür zusätzliche Sozialleistungen abholen. Selbst bei Arbeitslosigkeit gilt ein EU-Bürger weiterhin als «erwerbstätig», wenn er bei einer Arbeitslosenvermittlung gemeldet ist.



Welche Folgen hat das Stromabkommen?

Die Schweiz muss ihre Stromproduktion in den Dienst der EU stellen. Nach einer Frist von sechs Jahren kann die EU auf unsere Wasserkraft-Reserven zugreifen. Unsere Versorgungssicherheit wird abnehmen und die Strompreise werden steigen.



Bekommen wir das gleiche Bahn-Chaos wie in Deutschland?

Der Taktfahrplan ist gefährdet durch die Zulassung von Flixbahn und anderen Anbietern auf Schweizer Fernverkehrsstrecken. Mit der Pflicht zur dynamischen Rechtsübernahme wird unser stark subventionierter ÖV unter Druck kommen: Durch das EU-Verbot von staatlichen, «wettbewerbsverzerrenden» Beihilfen/Subventionen.



Was bedeutet das EU-Lebensmittelrecht für Dorf-Feste, Grillstände, Hofläden?

Wenn der Frauenverein beim Adventsbasar hausgemachte Konfitüre anbietet, dann fällt dies künftig unter das EU-Lebensmittelrecht. Freiwillige Helfer müssen Hygieneschulungen absolvieren, Küchen müssen EU-zertifiziert werden und für jedes Produkt muss eine Dokumentation der Zutaten, Allergene und Herstellungsprozesse erstellt werden. Das gilt auch für Hofläden, Schwingfeste bis hin zur Feldküche der Schweizer Armee: Die EU reguliert ins Absurde und zerstört das freiwillige Engagement.



7 Thinking Steps zum EU-Vertragspaket

7 Folgen mit Magdalena Martullo-Blocher

Die wichtigsten Vertragsinhalte und die Folgen für die Schweiz

Jetzt anschauen:



unterwerfungsvertrag.ch

Masslose Zuwanderung – Sprengstoff für die Schweiz

«Die Personenfreizügigkeit bringt nicht mehr Wohlstand»

Am 16. August trafen sich die Delegierten der SVP Schweiz in Schaffhausen (SH). Im Zentrum stand die masslose Zuwanderung. Sie ist verantwortlich für fast alle Probleme – insbesondere für die explodierende Kriminalität und das sinkende Niveau an den Schulen. Der EU-Unterwerfungsvertrag würde die Lage weiter verschlechtern.

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 kamen 1'037'000 EU-Zuwanderer zusätzlich in die Schweiz. Das ist 5x die Stadt Genf! Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag soll die Personenfreizügigkeit weiter ausgebaut werden. Hinzu kommt die kriminell organisierte Asylmigration. Zwischen 2000 und 2024 wurden 505'598 Asylgesuche in der Schweiz gestellt. Mehrheitlich von muslimischen Männern aus Nordafrika, dem Nahen Osten und Afghanistan. Wie die Kriminalstatistik klar zeigt, ist die masslose Zuwanderung eine Gefahr für unsere Sicherheit.

mischen Männern aus Nordafrika, dem Nahen Osten und Afghanistan. Wie die Kriminalstatistik klar zeigt, ist die masslose Zuwanderung eine Gefahr für unsere Sicherheit.

Personenfreizügigkeit bringt nicht mehr Wohlstand

Laut Gastredner Reiner Eichenberger, Wirtschaftsprofessor an der Universität Freiburg, ist auch die Zuwanderung durch die Personenfreizügigkeit «Sprengstoff für die Schweiz». Eichenberger räumte auf mit der Mär, dass die Zuwanderung Wohlstand bringe: «Die Schweiz hat im europäischen Vergleich das grösste Bevölkerungswachstum, aber ein kleines Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens.» Falsch sei auch, dass die

Zuwanderung nötig sei, um den Mangel an Fachkräften zu mindern. «Das Gegenteil ist der Fall – die Zuwanderung heizt den Fachkräftemangel an.»

Nur die SVP will die Probleme lösen

Die SVP präsentiert mit der Nachhaltigkeits- und der Grenzschutz-Initiative konkrete Lösungen, um die Schweiz zu schützen und die Lebensqualität, Sicherheit und Freiheit für alle zu bewahren.

Die Delegierten fassten die NEIN-Parole zur linksextremen Enteignungsinitiative der Juso und zum E-ID-Gesetz. Bereits am 29. März fassten sie die JA-Parole zur Abschaffung des Eigenmietwertes.



Der Mittelstand zahlt den Preis für die Zuwanderungs-Party

Heute leben über 9 Millionen Menschen in der Schweiz – das sind 1'500'000 mehr als vor 20 Jahren. Bis auf die SVP sind immer noch alle Parteien in Feierlaune: Sie verkaufen die ungebremste Zuwanderung als Wohlstandsgarant für die Schweiz – das Gegenteil ist der Fall.



Von Manuel Strupler,
Nationalrat,
Weinfelden (TG)

Die Classe politique behauptet weiterhin, die masslose Zuwanderung sei ein Vorteil für die Schweiz. Die Folgen dieser **verantwortungslosen** Politik hat der arbeitende Mittelstand zu tragen.

Leider können wir von der Classe politique kein Umdenken erwarten. Auch nicht von den Wirtschaftsverbänden, die von Berufslobbyisten und internationalen Managern dominiert werden. Sie schauen für den **kurzfristigen Profit** und leben auf ihren Wohlstandsinseln.

Die **aufgeblähte Verwaltung** hat es sich **im gut bezahlten Homeoffice** gemütlich eingerichtet. Dort hecken sie neue Vorschriften und Abgaben für die arbeitende Bevölkerung aus, welche jetzt schon unter der staatlichen Bürokratielast leidet.

Berater, Psychologen und Betreuer freuen sich über immer mehr Einnahmequellen, die durch die masslose Zuwanderung entstehen. Die international geführten Unternehmen sind froh, **ältere Arbeitnehmende in die Arbeitslosenkasse zu entlassen**, um jüngere, billige Arbeitskräfte aus dem Ausland zu rekrutieren. **Die Plünderung unserer Sozialwerke interessiert sie nicht.**

Über die negativen Auswirkungen der ungebremsten Zuwanderung schauen sie grosszügig hinweg. Sie wohnen ja nicht in Gegenden, in denen die Kriminalität rasant steigt.

Sie leben in «besseren» Quartieren, wo in den Schulen noch Schweizerdeutsch gesprochen wird – oder sie schicken die Kinder gleich in die englischsprachige Privatschule.

Wenige profitieren – alle anderen verlieren

Alle anderen stehen im Stau oder in überfüllten Zügen. Alle anderen leiden unter den explodierenden Mieten. Für viele Familien bleibt Wohneigentum ein Traum.

Die Classe politique verschliesst einmal mehr die Augen vor der unbequemen Realität. **Statt die Probleme zu lösen, wollen sie uns jetzt noch endgültig der EU ausliefern.** Einmal mehr braucht es unseren vollen Einsatz: **Die SVP ist die einzige Partei, die sich für die eigenständige Steuerung der Zuwanderung und für eine freie, sichere und lebenswerte Schweiz einsetzt.**

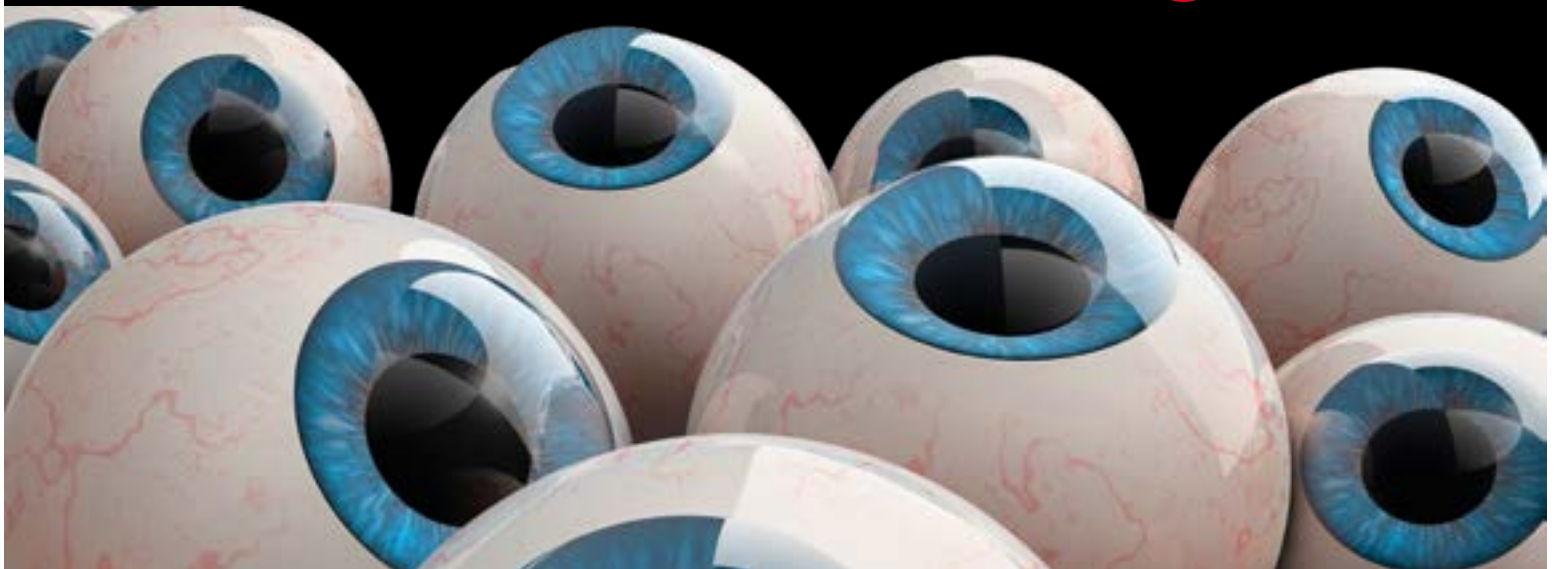


JA zur Schweiz – jetzt mitmachen und unterstützen



Die Argumente der E-ID-Befürworter sind haltlos!

TOTALE Überwachung?



Die Befürworter des E-ID-Gesetzes 2.0 versprechen uns, dass die staatliche elektronische Identitätskarte freiwillig, sicher, kostenlos und notwendig sei. Das exakte Gegenteil ist richtig.



Von Nils Fichter,
Präsident Junge SVP Schweiz,
Mitglied des Grossen Rates
Oberwil (BE)

Freiwillig?

Das jetzige E-ID-Gesetz wäre nur der erste Schritt. Nach einigen Jahren werden Erweiterungen folgen – immer derart schwach formuliert, dass es sich gar nicht lohnt, dagegen das Referendum zu ergreifen. Als nächstes würde die E-ID **für alle zur Pflicht**. Plötzlich müsste man die E-ID zum Beispiel für den Zugang zum Internet verwenden. Viele Politiker in Bundesbern würden nur zu gerne bestimmen, wer wie viel Fleisch essen darf. Mit dem E-ID-Gesetz wird die Infrastruktur für einen Kontroll- und Überwachungsstaat geschaffen, wie wir ihn von China kennen.

Sicher?

Bei der Aktivierung der E-ID würde der Bund während 15 Jahren ein Video unseres Gesichts zentral speichern – zusätzlich zu unseren physischen Ausweisdokumenten. Dieser «Video-Ident» ist nicht sicher! Es existiert eine öffentlich zugängliche Anleitung eines «Friendly Hackers», in der ein Angriff auf ebendieses unsichere System beschrieben wird. Jeder Laie kann diese ID-Prüfung umgehen, der Identitätsdiebstahl wird ein Kinderspiel – die Kriminellen dieser Welt reiben sich jetzt schon die Hände.

Kostenlos?

Im E-ID-Gesetz ist klar geregelt, dass Kantone Gebühren für Dienstleistungen vor Ort erheben können. Sprich: Wer sich für das Ausstellen einer E-ID entscheidet, aber den erwähnten Video-Ident nicht durchführen will, muss die E-ID direkt in einem Passbüro beantragen – und die

vollen Gebühren bezahlen. Kosten gibt es auch dann, wenn man sich gegen die Nutzung der E-ID entscheidet. Wer sich künftig analog ausweist, wird bezahlen müssen, egal ob die Dienstleistung staatlich oder privat ist.

Notwendig?

Bereits heute können wir E-Banking betreiben, Mails versenden und weitere der unzähligen Dinge erledigen, die das Internet bietet. Ein digitales Ausweisdokument ist unnötig. Die E-ID würde nur dann nötig, wenn sie eingeführt wird.

Wer diese Argumente durchschaut, stimmt am 28. September **NEIN zum E-ID-Gesetz.**

Leistung bestrafen, Eigentum vernichten – **NEIN** zur linksextremen Juso-Enteignungsinitiative

Die Juso-Enteignungsinitiative ist ein ideologischer Frontalangriff auf die Schweizer Wirtschaft, den Mittelstand und die unternehmerische Freiheit. Unter dem Deckmantel von Klimaschutz und Gerechtigkeit wollen die Jungsozialisten nichts weniger als die Abschaffung des Kapitalismus und die Einführung eines Öko-Sozialismus – DDR 2.0 lässt grüssen.



Von Diana Gutjahr,
Nationalrätin,
Amriswil (TG)

Die geforderte 50 %-Steuer auf Erbschaften und Schenkungen über 50 Millionen Franken trifft nicht etwa «die Superreichen», sondern Familienunternehmen, die über Generationen Werte geschaffen, Arbeitsplätze gesichert und Risiken getragen haben. Diese Initiative ist kein Beitrag zur Gerechtigkeit, sondern **Ausdruck von blankem Neid und wirtschaftsfeindlicher Umverteilungsideologie.**

Die Folgen wären verheerend: Unternehmen müssten verkauft werden, Kapital würde ins Ausland abwandern, Arbeitsplätze und Innovationen gin-

gen verloren – **und am Ende zahlt der Mittelstand** die Rechnung. Selbst der Bundesrat warnt vor massiven Steuerausfällen von bis zu 3,7 Milliarden Franken – pro Jahr. Ein ökonomisches und politisches Minusgeschäft.

Auch innerhalb der SP regt sich Widerstand: Ständerat Daniel Jositsch nennt die Initiative treffend eine «Neid-Initiative», die rechtlich kaum umsetzbar sei. Wer Wohlstand will, muss Armut bekämpfen – nicht Reichtum. Diese Initiative gefährdet den sozialen Frieden, das Vertrauen in den Rechtsstaat und die wirtschaftliche Substanz unseres Landes. Sie ist ein **Angriff auf Leis-**

tung, Eigentum und Freiheit – und eine Mogelpackung, die unter dem Vorwand des Klimaschutzes sozialistische Gleichmacherei betreibt.

Darum sage ich am 28. September mit aller Deutlichkeit: **Nein zur Juso-Ideologie. Nein zur Enteignungsinitiative.** Ja zu einer Schweiz, die auf Eigenverantwortung, Innovation und unternehmerische Freiheit setzt – und nicht auf Misstrauen, Neid und staatliche Bevormundung.



Kampagne

Kampagne

<lat.> campus (Feld, Feldzug)

Wer einen Feldzug beginnen will, muss genau wissen, worauf er sich einlässt:
Was ist mein Ziel? Was sind meine Stärken und Schwächen? Was macht mein Gegner?
Was kann an «Unvorhersehbarem» passieren? Nur wer seine Hausaufgaben gemacht hat,
wird erfolgreiche Kampagnen führen können!

Wir helfen Ihnen dabei ...

Wir freuen uns auf Sie!

Nicola Tinner, Geschäftsführer
Alexander Segert, Agenturinhaber
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch



AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

7

Thinking Steps zum EU-Vertragspaket

7 Folgen

mit Magdalena Martullo-Blocher



Jetzt
anschauen:



**Die wichtigsten Vertragsinhalte
und die Folgen für die Schweiz**

Steuer streichen – Perspektiven schaffen!

Die «Eigenmietwert»-Steuer wurde 1933 per Notrecht als eidgenössische Krisenabgabe eingeführt. Seither müssen Wohneigentümer diese Sondersteuer bezahlen. Berechnet wird sie auf einem fiktiven Mieteinkommen, das gar nicht existiert. Dies belastet Rentner und erschwert gleichzeitig für junge Familien den Erwerb einer Wohnung oder eines Hauses. Höchste Zeit, diese absurde Steuer zu streichen.



Von Gregor Rutz,
Nationalrat und
Präsident HEV Schweiz,
Zollikon (ZH)

Wer in der Schweiz eine Wohnung oder ein Haus kaufen will, hat es nicht leicht. Die Schweiz hat vergleichsweise wenig Wohneigentümer, besetzt bei der privaten Verschuldung aber einen Spitzenplatz. Dies liegt an den falschen Anreizen in unserem Steuersystem: Wer sich verschuldet, wird belohnt – nicht diejenigen, die sparen und für sich selbst sorgen. Diese Fehlanreize können wir mit der Abschaffung der Eigenmietwert-Steuer am 28. September korrigieren.

Fiktive Einkommen besteuern?

Mit dem Eigenmietwert steht eine Steuer zur Debatte, die auf etwas erhoben wird, das es gar nicht gibt. Es wird ein fiktives Einkommen besteuert, das Haus- oder Wohnungseigentümer hätten, wenn sie ihr Objekt vermieten würden – was sie aber gar nicht wollen, da sie es ja selbst nutzen. Diese Steuer belastet ältere Menschen, die von der Rente leben. Sie waren das ganze Leben lang sparsam, um sich als Altersvorsorge ein Haus oder eine Wohnung zu kaufen. Für sie wird die steigende Eigenmietwert-Steuer zunehmend zu einem Problem. Aber auch für junge Familien ist diese Sondersteuer negativ: Sie erschwert den Erwerb und die Tragbarkeit von Wohneigentum.

Wohneigentum ermöglichen

Dies können wir ändern. Die Vorlage zur

Abschaffung des Eigenmietwerts beinhaltet einen neuen Steuerabzug für Erst-erwerber. So soll es für junge Familien einfacher werden, ein Haus oder eine Wohnung zu erwerben. Für ältere Menschen bedeutet die Streichung des Eigenmietwerts eine willkommene Steuerentlastung: Wer spart und selber fürs Alter vorsorgt, darf künftig nicht mehr bestraft werden.

Gleichzeitig wird für die Berg- und Tourismus Kantone die Möglichkeit für eine Objektsteuer eingeführt: Diese Kantone befürchten Einnahmeausfälle, wenn auch der Eigenmietwert für Zweitwohnungen gestrichen wird. Damit ist auch dem Föderalismus Rechnung getragen. **Viele Gründe sprechen für ein Ja am 28. September – jede Stimme zählt!**



DAMIT MEHR GELD ZUM LEBEN BLEIBT

faire-steuern.ch



Folge uns!

Wohnen ohne Sorgen

Wohneigentümer zahlen mit dem Eigenmietwert Steuern auf ein fiktives Einkommen. **Dieses Einkommen gibt es gar nicht. Das ist ungerecht.**

Der Eigenmietwert vertreibt ältere Menschen aus ihren eigenen vier Wänden und belastet junge Familien. **Gemäss Bund leiden vor allem Wohneigentümer mit tiefem Einkommen unter der Steuer.** Der Eigenmietwert belastet auch die Wohnräume von Mieterinnen und Mietern

Die Reform der Wohneigentumsbesteuerung ist ausgewogen und fair. Der Eigenmietwert wird abgeschafft. Die Kantone können bei Bedarf mit einer Zweitwohnungssteuer kompensieren.



**Eigen-
mietwert
streichen**

JA
zu fairen
Steuern